Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, die es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der [illegible] Unterhaltungsbeilage [illegible] „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., [illegible] Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. [illegible]. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. [illegible] und [illegible]. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 46 mm breite Nonpareillezeile [illegible] Pf., die [illegible] mm breite Reklamezeile [illegible] [illegible] Familienanzeigen, Stellen- und Miet-Anzeigen [illegible] [illegible] Einzelnummer [illegible]

Nr. 77 | Dresden, Dienstag, den 1. April 1930 | 41. Jahrgang

Die Unternehmer pfiffen ...

und Volkspartei und Zentrum tanzten!

D. Berlin, 1. April. (Eig. Funkspruch.) Der Industrielle von Borsig hat im Namen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, wie der Vorwärts heute berichtet, Anfang März einen Brief an den volksparteilichen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gerichtet, dessen Inhalt eine bezeichnende Illustration zu den Gründen, die zum Rücktritt des Kabinetts Müller führten, darstellt. In dem Brief heißt es:

Sehr geehrter Herr Minister!

In der Vorstandssitzung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind von dem Herrn Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Weigert, dem Vorstand der Reichsanstalt offizielle Mitteilungen über das Ergebnis der Kabinettsbeschlüsse gemacht worden, soweit sie die Sanierung der Reichsanstalt betreffen. Hiernach soll neben Darlehen des Reiches in Höhe von 150 Millionen Mark und einem Zuschuß des Reiches aus den Industrieobligationen in Höhe von 50 Millionen Mark dem Vorstand der Reichsanstalt die Ermächtigung erteilt werden, die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bis zu 4 Prozent zu erhöhen.

Der Vorstand der Reichsanstalt hat auf Grund dieser Mitteilungen über diese dem Vorstand einzuräumende Befugnis eingehend verhandelt. Hierbei hat sich die Arbeitgeberseite geschlossen auf folgenden Standpunkt gestellt, von dem wir dem Herrn Reichsfinanzminister Kenntnis zu geben für notwendig halten:

Die Arbeitgeberseite geht davon aus, daß eine weitere Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung mit der Lage der Wirtschaft und der auch von der Reichsregierung wiederholt programmatisch betonten Notwendigkeit der Entlastung der Wirtschaft nicht vereinbart werden kann. Sie sieht sich deshalb im Rahmen der ihr obliegenden wirtschaftlichen Verantwortung völlig außerstande, bei etwaigen Verhandlungen des Vorstandes der Reichsanstalt einer Beitragserhöhung über das bereits vorhandene ungewöhnliche Maß hinaus ihre Zustimmung zu erteilen. Dabei weist sie darauf hin, daß die vom Kabinett vorgesehene Beitragserhöhung auf 4 Prozent praktisch einer Beitragserhöhung von 1 Prozent gleichkommt, da die derzeitige Beitragshöhe von 3½ Prozent bis zum 30. Juni 1930 befristet ist. Bei dieser pflichtgemäß von der Arbeitgeberseite einzunehmenden Haltung, die auch der Reichsregierung auf Grund der bisherigen Verhandlungen nicht unbekannt sein dürfte, ist es völlig unmöglich, daß im Vorstand der Reichsanstalt ein Beschluß über eine Beitragserhöhung zustande kommen kann. Da eine dem Vorstand zu erteilende Ermächtigung sich lediglich auf die eine Seite, nämlich Beitragserhöhung, beschränkt, ist damit die Möglichkeit zu produktiver Arbeit auf diesem Gebiete auf der Grundlage des Beschlusses des Reichskabinetts für den Vorstand der Reichsanstalt nicht gegeben. Die Arbeitgeberseite muß eine Mitbeteiligung an derartigen Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt in dieser Frage um so mehr ablehnen, als der Beschluß des Reichskabinetts zum Ausdruck bringt, daß im Falle des Nichtzustandekommens einer Einigung im Vorstand der Reichsanstalt das Reichskabinett selbst die Beitragserhöhung zu beschließen gedenkt. Wenn die deutsche Reichsregierung unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen die Verantwortung für eine derartige Mehrbelastung der Wirtschaft durch die in Aussicht genommene Beitragserhöhung übernehmen zu können glaubt, so ist bei dieser Sachlage u. E. der Umweg über den Vorstand der Reichsanstalt völlig zwecklos. Er ist dies um so mehr, als bei der gekennzeichneten Einstellung der Arbeitgeber diesbezügliche Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt lediglich den Erfolg haben können, die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Selbstverwaltung der Reichsanstalt erheblich zu gefährden.

Die Arbeitgeberseite des Vorstandes hat sich daher bereits sehr ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kurses in der Regierungs- und Reichsanstaltspolitik die Uebernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden kann.

Wir gestatten uns, Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, von dieser Stellungnahme der Arbeitgebergruppe des Vorstandes der Reichsanstalt ergebenst Kenntnis zu geben, wobei wir im übrigen auf die wiederholt von uns der Regierung unterbreiteten Vorschläge für die Durchführung geeigneter Sparmaßnahmen zur Sanierung der Reichsanstalt verweisen dürfen.

Der Brief Borsigs ist so recht geeignet, jedem, der es noch nicht begriffen hat, zu zeigen, was die Hintergründe der Regierungskrise sind. Das deutsche Unternehmertum will unter allen Umständen einen Abbau der Arbeitslosenversicherung erzwingen. Deswegen waren die bürgerlichen Parteien, auf die wahrscheinlich hinter den Kulissen der stärkste Druck ausgeübt wurde, nicht bereit, sich mit der ursprünglich von Moldenhauer vorgeschlagenen Einigungsformel zufrieden zu geben. Es war nun einmal das Ziel des Unternehmertums, die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung zu entfernen, weil man glaubt, daß dann der Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung mit besserem Erfolg geführt werden könnte. Vorläufig steht freilich noch nicht fest, wie die Regierung Brüning sich halten soll! Wahrscheinlich wird das deutsche Volk an der Wahlurne über das Schicksal der Arbeitslosenversicherung zu entscheiden haben, und bei diesem Wahlkampf wird uns der Brief des Herrn von Borsig recht gute Dienste leisten.

Frau Momm

Von Hanns-Erich Kaminski

„Unter 1000 Mark ist es Diebstahl, über 1000 Mark Kleptomanie", lautet ein Wort, das vor einigen Jahrzehnten aufkam. Man kann daran denken, wenn man den neuesten Potsdamer Skandal betrachtet.

Wie in all den zahlreichen Skandalen, die in den letzten Jahren das Bild der ehemaligen Residenzstadt beleuchtet haben, gibt es auch im Fall der Frau Momm zuviel offizielle Diskretion und zu viel Privatklatsch. Will man wissen, worum es sich eigentlich handelt, so muß man den Apfel erst schälen. Es lohnt sich, auch wenn er wurmstichig ist.

Das belangloseste an der Geschichte ist dabei die Sensation, die gewisse Zeitungen aus ihr machen. Daß die Frau eines Regierungspräsidenten eine Diebin ist, mag die „gute Gesellschaft" von Potsdam erregen und die Spießbürger befriedigen, die sich freuen, wenn sie etwas von der schmutzigen Wäsche der „höheren Kreise" erfahren. Für den kritischen Beobachter, der in der Chronik des Alltags das Allgemeine sucht, ist der Fall als solcher reichlich uninteressant. Schließlich kommt es ziemlich häufig vor, daß Diebstähle fingiert werden, und daß hier der Mann von der Tat der Frau überrascht wurde, daß dieser Mann obendrein Regierungspräsident ist, macht die Sache nicht interessanter. Das Delikt der Frau Momm gehört lediglich in die „Kleinigkeiten aus dem Gerichtssaal", und ihrem Mann wollen wir gern bescheinigen, daß er sich in der ganzen Affäre vollkommen korrekt benommen hat.

Und trotzdem: gar nicht belanglos in diesem Fall ist sein Drum und Dran. Erst das Verhalten der Behörden und der bürgerlichen Presse gibt der Affäre ihre allgemeine Bedeutung und zwingt, sich damit zu befassen.

Eine Privatangelegenheit ist vielleicht noch das Auftreten der Versicherungsgesellschaft. Immerhin ist es erstaunlich und entbehrt nicht der Komik, wenn man erfährt, daß die Gesellschaft ohne die sonst üblichen Schwierigkeiten dreimal in kurzen Zeitabständen eine Summe gezahlt hat, die sich insgesamt auf fast 6000 Mark beläuft. Für Hausdiebstähle! So eindringlich ist auf manche Teile der Bourgeoisie selbst in Geschäften die Wirkung, die der Titel eines Regierungspräsidenten ausübt.

Was aber soll man zu den Behörden und zu den Zeitungen sagen, die sich wie Dienstboten vor dem hohen Titel verbeugen und die Frau des Regierungspräsidenten behandeln, wie sie niemals einen gewöhnlichen Sterblichen behandeln würden!

Folgen wir den Ereignissen ...

Der Regierungspräsident Momm bewohnt in Potsdam als Dienstwohnung eine Villa mit über zwanzig Zimmern. Außer seiner Frau und seinen Kindern lebt da auch eine verheiratete Tochter mit ihrem Mann, was, da es sich ja um eine Dienstwohnung handelt, nicht ganz in Ordnung zu sein scheint. Wozu stellt der Staat überhaupt einem Regierungspräsidenten eine ganze Villa mit einer Flucht von Repräsentationsräumen zur Verfügung? Doch das gehört nicht hierher.

In dieser Wohnung wird also eingebrochen, und zwar wiederholt. Es verschwinden Silbersachen und bares Geld, darunter angeblich zweitausend Mark aus einem Wohltätigkeitsfonds, somit amtliche Gelder. Daß mehrere Male kurz hintereinander in dieselbe Wohnung eingebrochen wird, müßte schon seltsam erscheinen. Obendrein müssen die Einbrecher blutige Anfänger gewesen sein; haben sie sich doch mindestens eine

Das abgekartete Spiel

Brüning und Treviranus – Die Spaltung der Deutschnationalen mißglückt

D. Das politische Spiel maßgebender Zentrumspolitiker und des volkskonservativen Abgeordneten Treviranus, das mit der Bildung des Kabinetts Brüning seinen vorläufigen Abschluß gefunden hat, war von langer Hand vorbereitet. Treviranus selbst macht gar kein Hehl daraus. Schon im November des vergangenen Jahres trug er sich mit Plänen, wie sie jetzt — wenn wahrscheinlich auch nur vorübergehend — zur Wirklichkeit geworden sind. Damals schrieb Treviranus an einen seiner Freunde in Bremen einen Brief, der schließlich Hugenberg in die Hand fiel und zu einem Ausschlußverfahren gegen Treviranus und dann zur Abspaltung in der Deutschnationalen Volkspartei führte. In diesem Brief heißt es wörtlich u. a.:

„Es ist inzwischen von mir und meinen Freunden als notwendig erachtet worden, für den Fall, daß eine Erneuerung [illegible] der Deutschnationalen Parteileitung sich als nicht gangbar erweist, eine neue Form vorzubereiten, unter der eine fortschrittliche konservative Politik, die ihre konservativen Grundsätze nicht [illegible] weitergeführt werden kann.

Der Tod Stresemanns hat für viele, die bisher in der Deutschen Volkspartei waren, die Sache [illegible] [illegible] Das Zentrum [illegible] [illegible]

Der Abschluß des [illegible] [illegible] Brüning [illegible] [illegible] Treviranus gemeinsames [illegible] [illegible]

bis dahin stille Vereinbarung war. Wir wissen, daß sowohl Treviranus wie Brüning den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Verwirklichung ihrer Pläne für denkbar ungeeignet gehalten haben oder gar noch halten. Aber als Treviranus nach dem Rücktritt der Regierung Müller die auf lange Sicht erwartete „Chance" gegeben war, hat er zugegriffen. Was sie gewollt, die Spaltung der deutschnationalen Fraktion, ist ihnen nicht geglückt, aber der eine ist Reichskanzler und der andere Minister geworden.

Heute Brünings Programmerklärung

D. Die Regierung Brüning wird sich am Dienstagnachmittag dem Reichstag mit einem Programm vorstellen, das im wesentlichen das Programm der Großen Koalition sein soll. In der Außenpolitik will man keine „nennenswerten" Aenderungen und auch innenpolitisch soll im großen und ganzen der alte Kurs beibehalten werden. Finanzpolitisch dürfte im wesentlichen das alte Programm des Reichsfinanzministers seine Auferstehung feiern und hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung wird die Vorlage einen Gesetzentwurf ankündigen, der nach Inhalt und Wirkung auf den letzten Vorschlag des [illegible] [illegible] Man will [illegible] „Agrarier", will von Fall zu Fall zwischen rechts und links pendeln, sich nach Möglichkeit einmal der Sozialdemokratie und einmal der Deutschnationalen bedienen. Nur scheint uns, daß die Rechnung ohne den Wirt gemacht ist. Ein Programm der Großen Koalition nennt man's, und ein Bürgerblockprogramm wird es sein. Wer daran zweifelt, braucht sich nur die Männer des neuen Kabinetts anzusehen. Darum wird die Sozialdemokratie auf diese Richtlösung der Arbeitslosenfrage mit scharfer Opposition antworten!

Futterkrippenwirtschaft beginnt schon!

D. Berlin, 1. April. (Eig. Funkspruch.) Einzelne Minister der neuen Regierung haben unter sich vor der Ernennung des Kabinetts bestimmte, bisher streng geheimgehaltene Verabredungen personeller und sachlicher Art getroffen. Die beschränkte Zahl der Ministerien brachte es mit sich, daß insbesondere die maßlosen Wünsche der Volkskonservativen unter Führung von Treviranus nicht berücksichtigt werden konnten. Man hat sich deshalb dahin verständigt, daß [illegible] Mitglied der Volkskonservativen Vereinigung, die bei Neuwahlen völlig von der Bildfläche verschwinden dürfte, in den Auslandsdienst oder in [illegible] Aemter zu übernehmen. Der Abgeordnete v. Lindeiner-Wildau soll zum Beispiel Botschafter werden. Der Termin seiner Ernennung und sein künftiger Wirkungskreis sind in den [illegible] zwischen den einzelnen Mitgliedern der Regierung Brüning eingeschrieben.

(Weitere Meldungen siehe 2. Seite)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300401/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG